

**Ersteigert täglich**  
nachmitt. mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

**Abonnementspreis**  
monatlich 90 Pfg.  
vierteljährlich 1.40 Mk.  
jährlich 3.00 Mk. in  
Vorauszahlung. Bei  
Vorauszahlung 10%  
Rabatt. Bei Post-  
sendung 1.00 Mk. zuzü-  
geln. Inland- und  
Ausland-Postgebühren  
zuzü. 1.00 Mk. zuzü.

**Die Neue Welt**  
(Kochbuchverlag),  
durch die Post nicht be-  
ziehbar, kostet monatlich 10 Pfg.  
vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047.  
Postgramm-Adresse:  
Volksblatt Halle/Saale

# Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

**Infektionsgefahr**  
beachtet für die Gesundheit  
Partei oder deren Beamte  
Partei-Genossen (Schutz-  
Anstalten) Anzeigen 10 Pfg.  
in der Redaktion. Ein  
Anzahl bis Seite 75 Pfg.

**Inlerate**  
für die fällige Nummer  
müssen (postfrei) bis zum  
Mittag 10 Uhr in der  
Redaktion eingegangen  
sein.

Eingetragen in die  
Postverzeichnisse unter  
Nr. 7508

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Baunburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21, Hof 2 C

Expedition: Geisstr. 21, Hof part. 7

## Zweierlei Recht.

Mit der Gleichheit vor dem Gesetz, die jedem Preußen durch die Staatsverfassung garantiert wird, ist es eine eigene Sache. Sie steht in sehr vielen Fällen nur auf dem Papier, in der Praxis werden Unterschiede einschneidender Natur gemacht. Die Gleichheit vor dem Gesetz verhandelt sich in Ungleichheit, aus dem einen Recht wird zweierlei Recht; Beherrschung auf der einen, Unterdrückung auf der anderen Seite und die Konsequenzen. Auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechtes besonders tritt diese Ungleichheit ganz besonders klar zu Tage. Das Vereinsgesetz verleiht den politischen Vereinen, „Frauenspersonen“ als Mitglieder aufzunehmen. Die Gerichte haben diese Bestimmung dahin interpretiert, daß Frauen auch an den Sitzungen, ja Vereinigungen politischer Vereine nicht teilnehmen dürfen. Und die Polizei wagt auch mit schamlos glatter Hand, daß Versammlungen dieser Richtung nicht vorzunehmen — d. h. gegenüber den „haushaltenden“ Vereinen schließt sie manchmal alle Augen zu. Während hier in Halle beispielsweise dem Sozialdemokratischen Verein die Abhaltung jedes Versammlungs unmöglich gemacht ist, weil Frauen daran nicht teilnehmen dürfen, hält der konervative Verein unter den Augen der Behörden, wahrheitsgemäß sogar unter Teilnahme einer ganzen Reihe höherer Beamten alljährlich seine Kaisergeburtstagsfeier mit Frauen ab, ohne daß er deshalb auch nur ein einziges Mal vor die Gerichte zitiert worden wäre.

Dem Bund der Landwirte war es befallentlich vorbehalten, Veranstaltung zu einer Interpretation des Vereinsgesetzes zu geben, die die schamlossten Härten zu heiligen geeignet war. Der Minister des Innern, Herr v. Hammerstein, erklärte befallentlich in einer Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses Ende Februar, daß Frauen an den Versammlungen politischer Vereine teilnehmen dürfen, wenn sie sämtlich geehrt von den Männern gehalten werden und sich an den Verhandlungen nicht beteiligen. Als aber in Berlin die Probe aus Gremel gemacht wurde, als an einer Sitzung des sozialdemokratischen Wahlvereins im 3. Berliner Kreise Frauen unter dieser Bedingung teilnehmen, erfolgte nach alter Art Ausweisung — was für den Bund der Landwirte galt, gilt noch lange nicht für die Sozialdemokratie; Gleichheit vor dem Gesetz — wollen! — aber in der Praxis machen wir's, wie wir wollen!

Der freimüthige Landtagsabgeordnete Dr. Wiemer brachte diese mit den ministeriellen Erklärungen im Widerspruch stehende Handhabung des Gesetzes gegen im Abgeordnetenhaus zur Sprache. Er verlangte einheitliche Interpretation an Gerichten und Polizeibeamte, indem er betonte, daß eine derartige unterschiedliche Behandlung nach der politischen Parteilichkeit nicht Platz greifen dürfe. Mit seiner Interpretation habe der Minister auf die Verpflüchtung übernommen, auf die einheitliche Durchführung der von ihm proklamirten Grundsätze zu dringen.

Es muß ein Schauder für Väter gewesen sein, Herr v. Hammerstein die Antwort auf die Wiemer'sche Anfrage geben zu sehen. So unverständlich, unlogisch und widersprüchlich

hat wohl noch kein Minister in irgend einem Parlamente der Welt sich geäußert, selbst Herr v. Podbielski nicht, der doch wahrlich keinen Anbruch auf große Beredsamkeit machen kann. Herr v. Hammerstein sagte:

„Gnädig will ich mich mit ein paar kurzen Worten auf meine vom Dr. Wiemer erhaltene Antwort über die Veranstaltung im Jirkus auswirken, wobei diese Sache eigentlich mit der Gewerbesteuer nicht zusammenhängt. Ich möchte doch dem Jirkusverstandnis entgegenstellen, als ob es mir bei jener Neuerung in den Sinn gekommen wäre, an einem Gesetz und dessen Auslegung durch die dazu berufenen höchsten Gerichte irgend etwas zu ändern. Meine Ansicht bestand nun darin, zu erklären, daß, was bisher schon in einzelnen Fällen der Fall gewesen ist, auch in Zukunft der Fall sein wird und daß ich sogar gern dazu die Hand bieten würde, in dazu geeigneten Fällen bei Versammlungen, einerlei, von welcher Partei diese Versammlungen höchsten Lebens geübt ist, dahin zu wirken, daß von einer politischem Aufficht auf die Formalien des Gesetzes, über welche sich die Gerichte noch nicht endgültig ausgesprochen haben — das ist eben die Art der Zulassung der Frauen — beschränkt wird, doch darin also in einzelnen Fällen den Antragstellern so weit wie möglich entgegen gekommen wird. Das war der Sinn meiner Antwort. Ich glaube, daß diese Worte dazu beitragen werden, etwaige Mißverständnisse zu beseitigen.“

Das glauben wir auch. Denn, wenn nach der ersten Erklärung des Ministers das Mißverständnis aufkommen konnte, daß in Preußen die Gleichheit vor dem Gesetz auch in der Praxis befolgt werden sollte, so hat die geistige Erklärung es ganz radikal beseitigt, obwohl sie so wenig klar ist, von Widersprüchen nur so wimmelt. Herr v. Hammerstein war wahrscheinlich bei Abgabe seiner Erklärung von der Handhabung des preussischen Vereinsgesetzes nur unvollkommen unterrichtet. In der Zwischenzeit ist ihm wohl klar gemacht worden, daß aus dem reaktionären Areal des preussischen Polizeistaates auch nicht das kleinste Stück abzugeben werden dürfe, und so hat er denn gestern den Rückzug angetreten, der so häufig ausgefallen ist. Bei dieser Gelegenheit hat sich der Freiheit und auch wieder in seiner ganzen Verkümmertigkeit gezeigt. Keiner der Abgeordneten der beiden freimüthigen Fraktionen regelte den Minister auf eine Widerspruchstheorie, mit der schonen Anfrage des Abg. Wiemer war für sie die Sache erledigt.

Gleiches Recht für alle! steht in der Verfassung. Gleiches Recht für alle in geeigneten Fällen, sagte Herr v. Hammerstein. Was darunter zu verstehen ist, kann nach den bisherigen Erfahrungen unmöglich zweifelhaft sein.

## Zum Zollkrieg.

**Die Vergewaltigungstatistik der Zollwächter**  
tritt in der Volkskommission des Reichstags mit jeder Sitzung schärfer hervor. Seitdem verurtheilt die Mehrheit mit kaum einmal dargelegter Frechheit, die Minderheit an der Begründung

ihrer Anträge zu hindern. Bei der Position 9: Walz 1011, beantragten die Konjunktur nach einigen Ausführungen des Unterstaatssekretärs Joseph sofort Schluß der Debatte, ob noch ein Antragsteller den sozialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit begründet hatte. Nach einer Heißhüterungsdebatte mußte an Stadthalter das Wort erteilt werden. Sofort nach Beendigung seiner Ausführungen wurde von neuem ein Schlußantrag eingebracht und auch angenommen. Der Walz 1011, der nach dem Vertragstext gegenwärtig 3.00 Mk. und nach dem autonomen Tarif 4 Mk. beträgt, und den die Regierungsvorlage auf 6.25 Mk. für Gerichten und auf 4 Mk. für Waal aus anderem Getreide erhöhen will, wurde entsprechend einem Antrag König auf 10.25 Mk. für Gerichten und auf 11 Mk. für Waal aus anderem Getreide erhöht. Nachdem die Position 10: Reis, zurückgeführt worden war, wiederholte sich bei Position 11: Hülsenfrüchte, daß die Diskussion für geschlossen mit der Begründung, daß niemand sich zum Worte gemeldet habe. Nicht weniger als drei Redner der Linken aber hatten sich zum Wort gemeldet und erhoben gegen das Verjahren des Vorliegenden Bericht, der nunmehr erklärte, daß er die Meinung nicht gehört habe. Müller-Meinungen und Kollenbach mußten das Wort erhalten, sofort nach ihrem Heben beantragte Kardorff wiederum Schluß, obgleich der Abg. Gothein als Antragsteller noch nicht das Wort erhalten hatte. Der Vorliegende erklärte von neuem, daß er die Wortmeldung überhört habe. Als der Vorliegende hierauf dem Abg. Gothein das Wort erteilt hatte, rief Abg. v. Wangenheim, bevor Gothein zu sprechen angefangen hatte, daß er nicht „Mein“, und der Vorliegende ließ darauf auch wirklich die Abstimmung über den Schlußantrag vornehmen, so daß Gothein, obgleich sich vom Vorliegenden das Wort erteilt war, nicht sprechen konnte. Eine Meinung zur Heißhüterungsdebatte des Vorliegenden nicht zu. Die Abstimmung ergab die Annahme des Schlußantrages. Jetzt erhob aber die Linke energigen Protest. Es entspann sich eine einstündige Heißhüterungsdebatte. Abg. Dr. Müller-Meinungen erklärte, die Kommission habe den Eindruck, daß ein anderer als der Vorliegende die Verhandlungen leite. Während Abg. v. Kardorff die Heißhüterung des Vorliegenden verteidigte, gab sein Fraktionsgenosse Gamp zu, daß ein Versehen passiert sei. Während der Heißhüterungsdebatte beriet der Vorliegende wiederholt mit dem Abg. v. Wangenheim. Abg. Antrif erklärte, er habe den Eindruck, daß Abg. v. Wangenheim den Vorliegenden zu diesen eigenartigen Vorgehen verleitet habe. Er protestierte dagegen, daß sich der Vorliegende vom Bund der Landwirte beeinflussen lasse. Abg. Dr. Müller-Sagan betonte, ihm sei in seiner Kommission bisher begegnet, daß der Vorliegende während der Sitzung, wie er heute geschieht, alle mal seinen Platz verlassen habe, ohne den Vorsitz an seinen Stellvertreter abzugeben, um sich mit Mitgliedern zu beraten. Daher seien die Wortmeldungen überhört worden. Dieses Hin- und Herlaufen des Vorliegenden könne den Schein erwecken, daß er nicht Präsident der Kommission sondern **Galopp des Bundes der Land-**

34) [Nachdruck verboten.]

## Lotti, die Uhrmachersin.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

Sie kamen näher, ganz nah. Lotti meinte von ihnen bemerkt worden zu sein — doch irrte sie. Hermann und Agathe gingen vorbei, jedes blind für alles, was nicht das andere war, jedes dem andern die ganze Welt. Um waren sie am Ende des Weges angelangt, schritten über den Vorplatz und verschwand in die Halle.

Was soll ich dir noch, dachte sie, ihr braucht keinen dritten. Einige Zeit verweilte sie nach, freunde und träumend unter den Füßen, die ihr zuerst eine traute Gastfreundlichkeit und später, ohne daß sie es gemerkt und gewußt, ein sicheres Verbot geboten hatten, dann trat sie den Mädchen an.

Die Dinge war wieder geworden. Lotti schloß mehr, als sie ging, sie hatte in seine Gele, kam immer noch zu dem ausmündigen Vermögung, eine gute Weile lang vor dem Stationshäuschen auf und ab zu wandeln. Weit und breit kein Schatten, nur Viehen und Felder. Nichts, als schon in unmittelbarer Nähe der Station, neben dem Grenzpfahl des Dainwitzer Wehles, ein feineses Kreuz, von vier jungen Weippen umgeben. Dort ließ sich ebenfalls ein wenig rasten, aber nicht im Schatten; davon war nicht die Rede, die Sonne hand ja noch im Scheitel. Gleichwohl. Eine Laubfroscherin, wie Lotti nachgerade eine gefunden, dankt Gott auch für die Wohlthat, auf feinerne Stunden gelagert, die Zeit, deren sie zu viel hat, an sich vorbei ziehen zu lassen.

Sie trat an die Weges heran und bemerkte bald, daß sie keinen besseren Punkt hätte finden können, um Wilsa Salwa noch einmal recht nach Herzenslust zu betrachten. Das tat sie lange, und das umhüllte Gewebe für die Erhaltung fremden Glückes, das einer Weidenbrust entziehen kann, wurde zu Hülsen des Heilmehrs gepriesen.

„Gottan sagte Lotti ihren Weg fort.“

Sie begann ihre ganze Aushaier höchst dralig zu finden. Die Einladungen Salwas und Agathens hatten sie mit dem Gefühl einer Verpflüchtung befaßt, vor zu entsprechen ihr geboten

istien. So hatte sie sich denn angemacht, war gekommen, und hatte, statt der schickigsten ihrer wackeren Freunde, ein Verheerendes gefahren, das veriparte Sonntagmorgen beginn, und dem man keinen größeren Gefallen zeigen konnte, als es allein zu lassen.

Sie kam sich ein wenig lächerlich vor, die gute Votti, aber was schobte das einer so unangenehmen Verhältnissen wie ihr? — Nicht das geringste, und sie lachte im stillen und schloß sich selbstvergnügt, obwohl von einem gewissen Unbehagen ergriffen, das — ein stilles Ende ihrer dortigen Bilgerfahrt — durch ganz prächtigen Hunger hervorgerufen wurde.

Sie befehlerte ihre Schritte. Ihre Abicht war, an der Thür des Stationshäuschens zu stehen und von seinen Einwohnern für Geld und gute Worte eine kleine Zerstörung zu erlangen.

Das Boden blies ihr eripart. Die Frau des Bahnwärters, ein hämmiges, dummesgähendes Weib, stand am Baum ihres kleinen Gartens und nahm hier das Grinsen der Fremden entgegen. Ihr Benehmen war anfangs nicht sehr ermutigend für den hergekommenen Gast, wurde aber bald so zurückhaltend, daß Lotti sich trugte, ob dieses künftige Weien etwa der Fremdenmutter, die nach Schweizer Meinung zwischen erlichen Leuten besteht, zuzurechnen sei.

Eine Stunde später lag sie so gemüthlich, als ob sie zur Familie gehörte, in der Bahnwärtersruhe. Die Mann rachte ihr gegenüber seinen schickigen Tabak aus einer silbernen Schachtel Lottis leihen lassen. Sie fand, er habe Keckheit mit Pfeffer, das Weib, an einer großen Tasse sitzend, hatte neben ihr Platz genommen auf der Bank, und der passabende Erpörlung des Ehepaars ließ sich weiteres auf den einem ihrer Vorplätze, und das hatte sie sofort für ihn gewonnen.

Die Frau war bereits mit der Erzählung ihrer ganzen Lebensgeschichte fertig geworden, und hielt nicht viel Zeit zu haben, wieder von vorn anzufangen. Einleitende Betrachtungen wurden schon vorausgeschickt.

„Ja, sie stand in ihrem zweihundertzweiten Jahre, und ihr Weib hatte fünfzig erl sein drittes erreicht.“

„Nun, Vott kommt halt ipar zum Feiern. Auch darin, auch in so einer Zeit, haben's die Weiden befaßt.“

„Da erobst sich der Mann, der Schmelzung mügte bald auf die Strecke kommen, in einigen Minuten wurde es Zeit, den Signalfügel aufzugeben.“

Nachdem er die Stube verlassen hatte — er war ein alter Mensch und sah recht mürrisch aus — begann seine Gattin, ihn zu loben. „Er war brav, er“ war allgemein geachtet. Wunder wie viele Unglücksfälle hatte „er“ durch seine Weisheit verhindert. Sein Weib avert ihm nach, ist wirklich schon jetzt der ganze Vater. Sie sah den Jungen an sich, nach ihm einen schließenden Maß und fuhr mit allen fünf Fingern durch seinen gesaunten Schopf. Ein trübender Ausdruck von Bärtlichkeit ließ mildere und veränderte die harten Züge ihres sonnenbrannten Gesichtes, während sie ihrem Kinde diese derben Liebesworte erteilte.

„Nun ist ein rechter Sonntag“, sagte Votti zur ihr, „heute habe ich zwei glückliche Ehepaare geliebt.“

„Er? Eine alte Bauerin“, wiederholte die Frau, sichtlich erfalet und enttäuscht. Und als der Mann nun an das Fenster klopfte, um der Neugierden zu bedeuten, daß es Zeit war aufzubrechen, nach der gleichgültigen Abficht, den die Wirrin von ihrem Gaste nahm, von der früheren Freundschaft merkwilich ab.

Sie hätte sich nicht anders benehmen können, wenn sie mit einem Male von Neue ergriffen worden wäre über ein über angebrachtes Vertrauen.

Nachdem über den Mißthreit, in den sie plötzlich bei ihrem neuen Freundin geraten war, fuhr Votti in den Waggon.

Es war darin nur noch ein Platz frei, und sie nahm ihn ein zum offensbaren Verdruß einer beschlossenen Gesellschaft, die das Komore befaßt hatte. Diese, ein übermüthiges Mädchen, ließ sich nachdem ihr erster Mißwillen über den Eindringling verzaucht war, in ihrer Unterthanigkeit nicht füren. Lotti verbrachte zwei unangenehme Stunden in dem lauten und lustigen Kreise. Ein Gefühl der Vereinnahmung ergab sich, das wegschloffen sie sich vergeblich bemühte.

Endlich brante die Lokomotive in den Bahnhof und das erste, was Lotti erlachte, war Gottfrieds lange Gestalt. Er stand an die Mauer gelehnt — ein Bild der Verdingungslustigkeit — harrete die Leute an, die dem Zuge entziehen, und: „Sie kommen nicht! Sie kommen nicht!“ flugte es in seinem Berzen.

Werte sei. Er beantragt, daß ein Mitglied der Kommission zur Führung der Rednerliste gewählt werde. Der Vorsitzende erklärte, er habe mit Wangenheim gesprochen, um ihn zur Zurückziehung seines Antrages zu veranlassen. Abg. Götting stellte fest, daß der Vorsitzende ihm das Wort erteilt und dann auf Intervention v. Wangenheims vorher die Abstimmung über den Schlußantrag vorgenommen habe. Der Vorsitzende übertrug die Geschäftsordnung des Plenums zwar für die Kommission, aber gewisse Änderungen seien notwendig. Er bitte, die Sache dem Präsidenten zur Entscheidung vorzutragen zu lassen. Der Antrag Müller-Sagan auf Ernennung eines Mitglieds der Rednerliste wurde hierauf abgelehnt. Abg. Stadthagen beschränkte den Vorschlag des Vorsitzenden, da in der Geschäftsordnung nichts davon stehe, daß der Präsident in solchen Fällen die Entscheidung habe. Der Abg. Antreich stellte fest, daß auch die Abstimmung über den Antrag Müller-Sagan wieder in unzulässiger Weise vorgenommen sei. Es seien drei Redner zum Worte gemeldet worden, der Vorsitzende aber habe selber geredet und dann sofort abstimmen lassen. Abg. Müller-Sagan will den Abgeordneten Recht nicht in seiner Bewegungsfreiheit beschränken, von dem Vorsitzenden Recht aber müsse verlangt werden, daß er auf dem Plage bleibe. Die Geschäftsordnungsdebatte schloß damit, daß ein Antrag Stadthagen, trotz der vorherigen Annahme des Schlußantrags die Debatte von neuem über die Zölle für Speise- und Futterbohnen zu eröffnen, mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen wurde. Hierauf gelangte nunmehr Abg. Götting zum Worte. Die Zolltarifordnung für Speisebohnen, Erbsen und Ähren von 1.50 Mk. nach dem Vertragszoll und 2 Mk. nach dem autonomen Tarif auf 4 Mk. und für Futterbohnen, Lupinen und Widen 2.50 Mk. wurde darauf unter Ablehnung eines agrarischen Antrages nach der Regierungsvorlage angenommen. Der abgeleitete Antrag des Herrn v. Wangenheim wollte auch für Futterbohnen, Lupinen und Widen den Zoll nicht nur auf 2.50 Mk., sondern auf 4 Mk. erhöhen. Der Zoll für Raps und Rüben, den der Tarifentwurf von 2 auf 3 Mk. erhöhen will, wurde von der Kommission auf 5 Mk. entsprechend dem Antrag Wangenheim erhöht und nach demselben Antrag die Beschränkung unter die Position Raps und Rüben versetzt. Die Zolltarifposition 14 (Wohn-, Sonnenblumen-, Erdmandeln-, Erdnüsse, Sesam u. s. w.), die unverändert einen Zoll von 2 Mk. aufreht, erhielt, wurde nach der Regierungsvorlage angenommen. Darauf erfolgte Verlesung.

Zu den nächsten Sitzungen werden die Vergewaltigungsverhalte sich jeweils wiederholen. Die Minderheit wird ihren Mann sehen!

### Tagesgeschichte.

#### Deutscher Reichstag.

Der Reichstag bewilligte gestern dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sein Gehalt. Eine lange Debatte ging noch voraus, die eine Nachlese zu den vorherigen Verhandlungen darstellte. Unsere Genossen Herzfeld, Grandauer und Ledebour verteidigten nochmals unseren Standpunkt in den Fragen der auswärtigen Politik und rügten die bürgerlichen Parteien wegen ihrer Passivität. Der Redner des Zentrums, Herr Dr. Wagem, drückte ebenfalls, wie der freiwirtschaftliche Abgeordnete Dr. Barth, die Äußerungen über den bismarckigen Vorgang zu, und auch der Redner der Freiwirtschaftlichen, Herr Dr. Müller-Sagan, verweist nur den Standpunkt, daß die Kosten der Unterstützung nach der Kriegsentfaltung in Abrechnung gebracht werden müßten.

Somit wurde noch eine lange Debatte über die wirtschaftliche Politik des künftigen Bismarck zwischen Herbsterchen, dem Sohn des Allen, und dem Abg. Barth geführt, die in gar keinem Zusammenhang mit dem eigentlichen Thema stand.

Schließlich wurde unsere Resolution abgelehnt. Dafür stimmten nur noch die zwei anwesenden Vertreter der Süddeutschen Volkspartei und der Abg. Wundel.

Genosse Wibel brachte dann weiter beim Etat des Auswärtigen noch die rechtswidrige Verhaftung einer deutschen Staatsbürgerin durch die russischen Behörden zur Sprache, die seit fast einem Jahre im Gefängnis zu Nischni Nowgorod und Recht zurückgehalten wird. Weil sie sozialistische Schriften über die Grenze geschickt haben soll, der

Staatssekretär ver sprach, mehrere Erlaubigungen einzuschicken.

Bei der Debatte über die Bewilligung von 30 000 Mk. für die Errichtung einer Kunststiftung für Auswanderer durch die Deutsche Kolonialgesellschaft wurde die Weiterberatung auf heute vertagt.

#### Preussischer Landtag.

Im Abgeordnetenhaus wurde gestern zunächst der Etat des Ministeriums des Innern zu Ende gebracht. Eine längere, nicht uninteressante Erörterung mußte sich an das Kapitel Gendarmerie. Die Gendarmen erfreuen sich besonderer Protection der Dummheit. Sie werden von der Dummheit, nicht als besonders hervorragende Staatsdiener gefeiert. Gellert geriet auch so ein Herr der Reden, ein holländischer Landrat Namens Brunt, über die Gendarmen in Offiziere. Er nannte sie die Grundlage der ganzen Verwaltung.

Bei diesem Kapitel rühmte der Freiwiliger Dr. Wiemer eine Anrede an den Minister von Sammelrecht bet. seine neuliche Interpretation des Vereins- und Versammlungsgesetzes. Darüber handelte er an anderer Stelle. Beim Kapitel „Strafanstalten“ nahm Herr von Sammelrecht Veranlassung, dem Parteigenossen Vredendeb eine Chronikklärung zu geben.

Er führte aus: Ich darf hier vielleicht auf gewisse hässliche Angriffe zurückkommen, die im Reichstage gegen mich gerichtet sind. Sie erinnern sich, daß ich bei der Beratung des Falles Studienkampf auch eine Bemerkung über Herrn Vredendeb gemacht habe. Ich habe gesagt, daß dieser Herr ein Sigredakteur sei. Herr Vredendeb hat darauf Veranlassung genommen, mir ein sehr höfliches und sehr freundliches Schreiben zu schicken, in welchem er ausdrücklich für sich das Recht in Anspruch nimmt, ein Redakteur im wörtlichen Sinne des Wortes zu sein. Er hat auch eine Anzahl Artikel zum Beweise beigefügt, von denen er ausdrücklich erklärt, daß er sie selbst geschrieben hat. Diese Artikel zeigen in der That von einer höheren Bildung, als ich sie ihm angeordnet habe. Ich habe mich mit dieser Sache nicht abgeben, sondern selbst keine Parteigenossen haben, wie öffentlich erklärt wurde, die mit A. V. geseindeten Artikel nicht im sondern seinem Genossen August Hebe I. zugehörig sind. Das mag von Standpunkt des Herrn V. eine Ehre sein. Ich halte es für meine Pflicht, bei der ersten Gelegenheit, vor demselben Hause und an derselben Stelle, wo ich erklärt habe, daß ich die Bildung des Herrn Vredendeb für unheimlich halte und daß er nur ein Sigredakteur sei, diesen Vorwurf zurückzunehmen. Ich möchte hinzufügen, daß meine erste Annahme aber doch nicht so ganz unbegründet war mit Rücksicht darauf, daß Herr Vredendeb als verantwortlicher Redakteur für eine Zeitung in elf Monaten seiner Tätigkeit etwa 500 Mk. Gehalt und ein Monats Gehalt als Redakteur für vier verschiedenen Abteilungen sich verdienen hat. (Zeitigkeit.) Wenn man in elf Monaten 16 Monate Gehalt muß (Zeitigkeit), so ist es doch sehr möglich, von einem Sigredakteur zu sprechen. Ich erkläre aber nochmals, daß er, wenn er, woran ich nicht zweifle, die Artikel selbst geschrieben hat, eine höhere Bildung besitzt. (Beifall links.)

Nach Erledigung des Etats des Volksministeriums mußte das Haus sich, da ein Verlagsantrag abgelehnt wurde, noch eine lange Klage über des katholischen Kaplans Dausenberger anhören über die Zurückziehung der katholischen Kirche. Diese Klage war so groß, daß der Präsident die Antwort des Ministers gar nicht abwartete sondern gleich Vertagung eintraten ließ. Heute und die folgenden Tage: Derselbe Vorfall.

#### Jaures, der Velehrte?

Jeon Jaures hat die Worte von dem müßigen Versuch, der Millerands Ministerhaft gewesen sein soll, auf dem Kongress in London nicht gesprochen. Erst in der zweiten Sitzung am Montag hat er diese Frage aufgeworfen und damit die Anhänger eines später durchgeführten, der bereits dem Begründungsartikel der Petite Republique enthalten waren. Jeon Jaures nimmt zwar jetzt auf einmal eine andere Stellung zur Ministerhaft Millerands ein, die sie ist aber, wie wir gestern vermuteten, lediglich von taktischen Rücksichten diktiert. Am Prinzip des Ministerialismus hält er fest.

Seine diesbezüglichen Ausführungen in der Petite Republique haben folgenden Wortlaut:

„Drei Jahre lang ist ein Experiment gemacht worden. Ich belege die ungerathenen Anordnungen, die gegen Millerand, den ein tüchtiger Arbeiter auf dem Gebiete der Reformen gemessen ist, erhoben worden sind, und ich freue mich, daß das Ministerium von Dauer gewesen ist. Ich glaube, daß die Angelegenheit nicht gemacht, und daß es dem Handelsminister gestattet hat, zu Gunsten der arbeitenden Klasse ehrenhafte und ernsthafte Anstrengungen zu machen. Aber nach diesem dreijährigen Experiment muß das Proletariat Zeit haben, sich zu

bestimmen, aus der Entfernung über die Ereignisse zu urteilen, das Soll und Haben der „ministerialistischen“ nach der guten wie nach der schlechten Seite hin auf ihren richtigen Umfang zurückzuführen. Ich würde diejenige Regierung als den direkten Feind der Arbeiterklasse betrachten, die nach den Hauptwahlen einen Sozialisten an das Ruder rufen würde, und ebenso jeden Sozialisten, der die Partei der Arbeiterklasse verlassen hat und das Recht und die Pflicht, die geistige Unbefangenheit und das kalte Blut wiederzuerlangen, die nötig sind, um die Methode zu bestimmen, welche ihrer wachsenden Stärke in einer Demokratie entspricht. Deshalb ist es unbedingt nötig, daß alle Streitigkeiten wegen eines Mannes oder wegen einer gewissen ministeriellen Anstellung ein Ende nehmen. Und wenn dann der Kongress von Jaures als überzeugend verfaßt, daß jedes neue ministerialistische Experiment durch unsere Kongresse verpönt wird, so wird niemand da gegen Einwirkung erheben.“

Auf dem Kongress selbst, über dessen Verhandlungen wir ausführlich berichten werden, hat er in Ausführungen in diesem Sinne das Verlangen geäußert, ihm die Freiheit zu geben, seine Methode weiter propagieren zu dürfen, eine Methode, die nur etwas wert sein würde, wenn die ganze Partei ihr Vertrauen entgegenbringe. Die Resolution, die das Generalkomitee unter Mitwirkung von Jaures zu dieser Frage ausgearbeitet hat und dem Kongress vorliegt, hat folgenden Wortlaut:

„An Kongressen der Resolution des internationalen Sozialistenkongresses in Paris hat die Teilnahme eines oder mehrerer Sozialisten an der bürgerlichen Regierungsgewalt Beschloß des Kongress, daß von Beginn der nächsten Legislaturperiode kein Sozialist in ein Ministerium eintritt, so lange ein Parteiführer nicht andere Bestimmungen trifft.“

Die Befehle Jaures' und seiner Anhänger fängt also erst nach den nächsten Wahlen an. Bis dahin wollen sie sich die Freundschaft Millerands und seiner Regierung erhalten!

Der Preußenprinz ist am Sonntag in Chicago angekommen, wo eine ungeheure Aufregung entstand. Es waren Gerüchte von einem Attentat verbreitet, die sich jedoch als unbegründet herausstellten. Ein entlassener amerikanischer Soldat, der Infanterie-Uniform trug, Georg Somers mit Namen, der auf den Philippinen und in China gedient hatte, machte Gewalt an, um die Menschenaffen zu durchdringen, die dem Prinzen ein Axt in die Hände reichten, in welchem er hütet, auf dem Dampfer Deutschland nach England mitgenommen zu werden. Home ließ alle Fragen unbeantwortet, worauf er von dem Chef des Geheimdienstes Welfin der Polizei übergeben wurde. Auf der Polizeistation schrieb Home nieder, daß er in China und auf den Philippinen wiederholt verurteilt worden sei und das Gehör verloren habe. Bei der Durchsicht Somers wurde keine Waffe gefunden.

Somit ist nichts Weiterfährtenbes von der Reise zu melden. Die Schmachts sagen, daß der Prinz viel unter der Zudringlichkeit der Photographen zu leiden habe. Auf dem Cooky Mountain wollte ihn einer dieser Leute auf seiner Blatte verewigen. Der Prinz stellte sich ihm bereitwillig, jedoch die Stellung gefiel nicht, der Photograph sagte: Mister Prince, treten Sie nach rechts, Mister Prince, jetzt mehr nach vorn, Mister Prince, noch weiter nach rechts u. s. w.; das war denn doch zu viel. Der Prinz wurde unwillig und sagte: Woll, jetzt habe ich schon fünfmal die Stellung gewechselt für Sie und nun machen Sie Schluss! Die Umstehenden waren schon lange während über den Kopf und machten Miene, ihn fast der Kamera ins Thal zu befördern. Später drückte der Prinz sein Bedauern darüber aus, daß er seine Selbstbeherrschung verloren habe; aber der Chef der Geheimpolizei möge ihn etwas mehr vor den Amateuren schützen.

Als der Zug des Prinzen auf der Station Soverlet in Kentucky um zwei Uhr nachts hielt, forderte eine lärmende Menge schreiben, daß der Prinz sich zeige; junge Burden schlugen schließlich gegen die Fenster des Zuges, so daß alle aus dem Schale ermadeten. Als später diese häßliche Episode, die besonders Evans nicht gemacht hatte, besprochen wurde, sagte der Prinz: „Ich wüßte gar nicht, was los war. Ich konnte doch nicht gut erscheinen, da ich in Nachtkleidern war.“

Die internationale Konferenz hat die Konvention immer noch nicht unterzeichnet. Am Donnerstag soll es so weit kommen.

**Polnischer Vorkonferenzprojet in Sicht.** Aus Gnesen wird berichtet: Die hier aufgehobene polnische Schülerbindung zählte 17 Mitglieder und gehörte, wie die anderen entbeden, zum Geheimbunde der „Marianen“. Es ward nachgewiesen, daß die Verbindungsbeziehungen zu dem polnischen Nationalklub in Nappersdorf habe. Auch mit dem geheimen polnischen Studentenverbindungen soll sie Beziehungen unterhalten haben.

**Die angefordigte Verordnung über den Fest- und Wasserschiff der Vater** wird im Reichsanzeiger veröffentlicht. Danach darf Butter, welche in 100 Gewichtsteilen weniger als 80 Gewichtsteile Fett oder in ungelungenem Zustand mehr als 16 Gewichtsteile Wasser enthält, vom 1. Juli 1902 ab gemerkmäßig nicht verkauft oder feilgehalten werden.

**Die Neue Baper. Hg.**, die als Zentrumsorgan erst vor drei Jahren in München gegründet wurde, hört mit Mitte März zu erscheinen auf und wird mit dem Bayer. Anz. verflochten.

**Die prächtige Illustration** zu den Verlegungen unseres heutigen Heftes bildet die folgende Darstellung aus Hannover: Die Teilnahme der Frauen an einem Wintervergnügen des sozialdemokratischen Wahlvereins ist verboten worden. Aus dem Wintervergnügen müßte ein Verrennen gemacht werden. Dagegen fängte der Bund der Landwirte im hannoverschen Kreise Nienburg für Dienstagabend eine Generalversammlung nebst Ball an.

**Krupps Wohlfahrtsvereinigungen.** Am Mittwochabend kamen in Gfien über 1000 Kruppische Arbeiter zusammen, um gegen die neuesten „Wohlfahrtsvereinigungen“ zu demonstrieren. Einstimmig wurde beschloßen, um endlich einmal den Unberwunden, der bisher nur Millionen einströmt, die Kruppische Krupp, direkt auf die Vorgänge auf seiner Fabrik aufmerksam zu machen, dessen Einfluß auf sein Werk lernen zu lernen und sich gelobtes gutes Herz auf die Probe zu stellen, demselben folgendes Telegramm nach Garpz zu senden:

„Grellens Krupp Garpz.“

Die heute, 20. Februar etc., in Saale der „Borussia“ von mehr als 1000 Leuten über Freischiff bestellte Veranlassung wendet sich an Sie mit dem Ersuchen, die Anordnung zu geben, damit die neue Arbeitsordnung in der Schicht E. S. nach welcher die Mittagspause nicht mehr wie eine Stunde betragen soll, aufgehoben wird.“

Weiter wurde das Bureau einstimmig beantragt, an



Strupp eine Eingabe gelangen zu lassen, in der die Wünsche genauer geschildert werden und ersucht wird, die Rindungen rückgängig zu machen und die frühere Arbeitszeit wieder einzuführen. Die Eingabe soll unterzeichnet werden von dem Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiter-Bandes und dem Vorsitzenden des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes. Die Aufforderung des Referenten an die Verammelten, endlich nur die Konsequenzen zu ziehen, sich der Organisation anzuschließen, wurde mit bewusstem Beifall aufgenommen.

### Ausland.

**Frankreich.** Der Gesundheitszustand Waldeck-Rousseaus ist vollständig befriedigend. Die Verletzungen sind ohne ernste Folgen geblieben.

**Schweiz.** „Rückzahlbar im Himmel.“ In Rüschacht am Vierwaldstättersee hat vor einigen Jahren ein sehr frommer und sehr spekulativer französischer Vater Barail ein „Institut Bethlehem“ gegründet und, um zu billigem Gelde zu kommen, wiederholt, so auch in jüngerer Zeit wieder „Antoniuss-Obligationen“ ausgegeben, deren Coupons lauten:

„Millionshaus Bethlehem  
in Zimmerei (Schweiz)  
Obligation z.  
Koupons zu 60 Gts.“

zahlbar hienieden in barem Gelde und rückzahlbar im Himmel an der Kasse des Hl. Antonius u. Die Auszahlung dieses Coupons giebt Anrecht auf eine kleine Metallstatue des heiligen Antonius von Padua. — Derselbe fromme Vater giebt „Rechnungslisten betreffend die Armeeseile und den Ablass“ heraus.

Die Dummheit werden auch in der Schweiz nicht alle. Ein Teil der katholischen Presse verlangt allerdings das Einschreiten der Behörden gegen diesen frommen Schwindel.

**Italien.** Große Unruhen sind am Sonntag in Gassano al Jonio in Calabrien vorgekommen. Derselben werden erst jetzt bekannt, weil die Regierung bisher eine strenge Telegrammenzensur betreffend dieser Vorgänge ausgeübt hat. Den in genannter Gegend ansässigen Bauern war die Erhebung einer Eisenbahn verpöblich worden. Die neue Politik der Regierung gab den Bauern aber Anlaß, zu glauben, daß dieses Verbrechen nicht gehalten werde. Am Sonntag machte sich die Erregung Luft. Die Bauern stürmten das Rathaus, besetzten es mit Petroleum und zündeten das Gebäude an, das total niederbrannte. Der Schaden soll eine halbe Million Lire betragen. Das Militär ist gegen die Aufständischen vorgegangen. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

Bei dem Generalfireil in Turin kam es zu einigen Ansehungen, wobei 600 Personen verhaftet wurden. Die meisten der Verhafteten sind wieder freigelassen worden. Ungefähr 100 Personen dagegen sind wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt oder wegen Streikvergehens in Anklagezustand verlegt worden, unter letzteren befindet sich auch ein sozialistischer Gemeinderat.

**Bulgarien.** Die Wahlen haben am Sonntag ohne Zwischenfall stattgefunden. Es wurden gewählt 97 Anhänger der Regierung, 33 Nationalliberale und außer 50 Angehörigen von 5 kleineren Parteien resp. keiner Partei Angehörigen auch 8 Sozialisten.

Um einen Empfang am Jarenhofs betratte, ebenso wie Alexander von Serbien, Ferdinand von Bulgarien. Beide haben aber wenig Glück mit ihrem Liebeswerben. Die Jarin soll sich entschieden weigern, diese Miniaturfiguren, die allerdings auch „von Gottes Gnaden“ sind, an ihrem Hofe zu empfangen.

**Spanien.** Folgen der anarchistischen Propaganda. Der Generalgouverneur von Barcelona hat die Verurteilung getroffen, daß sämtliche Arbeiterklubs und andere Vereinigungen politischer und wirtschaftlicher Art geschlossen werden müssen. Die Sozialisten Spaniens hatten also vollständig recht, wenn sie die Unterjochung von Revolution und Kutscherei durch die anarchistischen Elemente verurteilten. Wie vorauszu sehen war, mußten dieselben mit noch härteren Maßregeln gegen das arbeitende Volk enden.

**Affien.** Ein Eroberer ist auf der arabischen Halbinsel aufgetreten. Ein Nachkomme des alten Emir der Bahabid hat sich mit einem Heere von 2000 Mann der Stadt Er-Miad in Zentralasien bemächtigt. Er findet unter den Anwohnerstämme zahlreiche Anhänger. In Zentralasien haben die Türken noch nicht ihre Oberherrlichkeit über die Beduinen im Innern Arabiens ausdehnen können.

### Polizeiliches und Gerichtliches.

Das Offizierskorps der deutschen Armee befehligt haben sollte in einer Kritik des Duellinings Gen. Labersky, verantwortlicher Redakteur des „Hamburger Echo“. Der preussische Kriegsminister hatte Strafandrohung gestellt. Das Gericht hat eine Geldstrafe von 150 Mark zur Wiederherstellung der deutschen Offiziers Ehre für notwendig.

### Parteinachrichten.

Einen großen Verlust haben unsere Parteigenossen in Christiana (Norwegen) erlitten. Am Freitag ist das Gebäude, in dem sich Drudeer, Gezeeri und Redaktion des Partei-Blattes Sozialdemokraten befand, vollständig niedergebrannt. Zahlreiche Manuskripte und Aufzeichnungen von Druckdrifen sind außer dem Material verloren gegangen. Der Schaden ist durch Versicherung nur zum kleinen Teil gedeckt.

Das Saalfelder Volkblatt, ein feines Parteiblatt, hat am 1. März sein fünfzigjähriges Jubiläum als Tageblatt feiern können.

**Gemeinderatswahlen.** In Adlershof bei Berlin ist der sozialdemokratische Kandidat Gahrbe mit 422 gegen 45 gegenwärtige Stimmen gewählt worden. In Steglitz wurde im 1. Bezirk Genosse Schellhafe mit 513 Stimmen gewählt. Im 2. Bezirk erhielt unter Parteigenossen Wieda o 263 Stimmen, der Kandidat der Unabhängigen Parteien 212 und der nationalsozialistische Vereinigungen als Vertreter des Mietervereins 283 Stimmen. Es muß also eine Stimmwahl zwischen letzterem und unseren Genossen stattfinden.

### Gewerkschaftliches.

**Frankreich.** Ein Bund der Gewerkschaften aller in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter ist jetzt in Frankreich gebildet worden. Diesem Gewerkschaftsbund gehören an: die Nationalvereinigung der Angestellten und Arbeiter der Post, Telegraphie und Telefonie; der Verband der Arbeiter in den Schiffswerken; die Verbände der Lok- und Zündholzarbeiter in Frankreich; Eisenbahner; der Verband der Gold- und Weibwarenhersteller und die Arbeiter in Pulverfabriken, Militärwerkstätten usw. Das Exekutivkomitee dieses Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, an die Kammer und die Regierung um Einführung des Achtundstundentages in allen Staatsbetrieben zu petitionieren.

### Die Uebernahme der Straßenreinigung in städtische Regie.

Nach einem früheren Plane sollten die Kosten aus den Erträgen der Immobilien-Umlagesteuer bestritten werden. Bei dem neueren Projekte ist der Magistrat davon gänzlich abgekommen. Die Immobilien-Umlagesteuer ist ihm eine bequeme Geldeinnahmequelle geworden und die Kosten der Straßenreinigung müssen auf andere Weise aufgebracht werden. Man hat sich für die Uebernahme durch den Magistrat verhalten, was wir haben seiner Zeit der Immobilien-Umlagesteuer zugestimmt und die Erfahrung hat gelehrt, daß durch diese Uzunahmen Erhöhungen der Steuerzuschläge in den Vorjahren unterbleiben sind. Der Magistrat will also einen Teil der Kosten der städtischen Straßenreinigung den Hausbesitzern auferlegen, den größeren jedoch auf den Etat übernehmen, d. h. von der Gesamtheit der Steuerzahler tragen lassen. Sehen wir uns jedoch zunächst die entstehenden Kosten an. Die einmaligen Ausgaben erreichen die Höhe von 215 000 M. und setzen sich u. a. zusammen aus dem Ankauf des alten Straßenbahnunterweges, des Mollestr. 4/5, das zur Straßenreinigungsanlage verwendet wird, weil es ziemlich in der Mitte der Stadt gelegen ist und sich zu dem angegebenen Zwecke sehr gut eignen soll. Die Straßenbahndirektion fordert jetzt 160 000 M., die Unterkommission hielt früher die Summe von 150 000 M. als präziserte Bezahlung für angebracht. An Geräten müssen angeschafft werden 4 Rechenmaschinen zu je 1000 M., mit hin 4000 M. Ausgabe, 2 Sprengwagen zu je 800 M., Ausgabe 1600 M., 3 Müllwagen zu je 1000 M., Ausgabe 3000 M., für Karren, Schuppen, 20 Pferde, Pferdegeschirre u. 2400 M., 12 Pferde zu je 1000 M. für die Müllabfuhr entstehen an einmaligen Kosten infolge Beschaffung von 10 Wagen, 9 Pferden u. 23 000 M.

Die laufenden Kosten für Straßenreinigung und Müllabfuhr betragen jährlich 116 000 M. Davon entfallen für Arbeitslöhne — für die Arbeiter und Aufräumer hat man einen Wochenlohn von 18 M. angesetzt, in viel bezahlten man schon seit langer Zeit einen Wochenlohn von 20.10 M.; die sozialdemokratische Fraktion wird dafür zu sorgen haben, daß die Stadterhaltung einen höheren Betrag ansetzt, als solche Sommerlöhne — Bezahlung der Angestellten, Unterhaltung der Pferde u. 84 000 M., ähnliche Positionen bei der Müllabfuhr 32 000 M., also Gesamtsumme für das neue Projekt 215 000 und 116 000 = 331 000 M.

Als Deduktion schlägt die Unterkommission vor, daß die einmaligen Ausgaben bestritten werden aus der vorhandenen Umlage, in welcher für diesen Zweck und für Feuerlöschwesen 300 000 M. angesetzt worden sind. Die jährlichen Kosten Deduktion erlangen durch die Beiträge der Hausbesitzer. Von diesen soll pro Quadratmeter der Reinigung Fläche eine Gebühr von 10 Pf. bezahlt werden. Die Unterkommission beschloß in ihrer letzten Sitzung, nur 6 Pf. pro Quadratmeter für Straßenreinigung und 25 Pf. für jeden heizbaren Raum für Müll- und Abfuhr zu erheben. Die hierdurch bedingte finanzielle Minderung ist eine wenig einschneidende, sie ermöglicht lediglich eine bessere Berechnung. Die zu Reinigung bestimmte Fläche beträgt 648 000 Quadratmeter. Die Stadtgemeinde hat als Grundstückszahlener zu reinigen 154 000

Quadratmeter. Diese kommen bei der Berechnung in Wegfall. Es bleiben übrig 494 902 Quadratmeter zu je 10 Pf. Somit hätten die Hausbesitzer 49 490 M. zu zahlen. Ueber die rechtliche und moralische Verpflichtung derselben ist kein Wort mehr zu reden, und wenn in den kommunalen Vereinen und in den Zusammenkünften der Hausbesitzer die Uebernahme der Straßenreinigung gefordert wurde, ohne daß von den Hausbesitzern besondere Gebühren entrichtet werden, so beweist dies nur, wie sehr die Zimmerlöhne in jeder sich darbietende Gelegenheit beim Schopf nehmen, um ihre Geldbörse zu füllen. Es ist zudem nachzusehen, daß bei dem einzuführenden Berechnungsmodus die einzelnen Hausbesitzer wesentlich weniger zu bezahlen haben als wenn die Reinigung selbst vornehmen lassen. Ihnen auch noch diese geringe Last abnehmen, wie die städtischen Agrarien durch den Zolltarif in Aussicht gestellt werden.

Ein neuerdings aufgetauchter Vorschlag will die Gebühr für den Quadratmeter Reinigungsfäche auf 5 Pf. herabsetzen und dafür pro heizbaren Raum 25 Pf. festsetzen. Obwohl die hohen große Kommission dafür bereits gewonnen sein soll, glauben wir nicht, daß der Vorschlag Annahme findet.

Es kommen für die Kostendeckung weiter außer den 49 490 M. der Hausbesitzerbeiträge noch in Betracht die seitens der Stadt bisher für Reinigungszwecke ausgegebenen 29 000 M., die allerdings nach dem projektierten Reinigungsmodus sich auf 19 000 M. verringern, sowie noch einige Nebenposten, so daß nach Voraussicht jährlich rund 72 000 M. Einnahme erzielt werden. Da die jährlichen Gesamtkosten, wie schon bemerkt, 116 000 M. betragen, entfällt auf die Stadt bezogen auf den Etat immerhin noch ein Betrag von 44 000 M., der von der Gesamtheit der Steuerzahler getragen werden muß. Man kann daraus ersehen, wie unbedeutend die Forderungen der Hausbesitzer sind. Es wäre lediglich ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn man ihnen pro Quadratmeter Reinigungsfäche 20 Pf. abverlangen würde, so daß sie ca. 99 000 M. aufzubringen hätten. Wir unversetzt würden uns einem solchen Verlangen ohne weiteres anschließen.

Die Tagesordnung der vorgezogenen Sitzung des Stadterordnetenkollegiums wies als letzten Punkt vorstehende Materie auf. Da die Straßenreinigung seitens der Stadt bereits 1. Juli d. J. übernommen werden soll, müssen die Beratungen beschleunigt werden. Was an uns liegt, soll gechehen. Da jedoch bei Hausbesitzern große Neigung besteht, die Entscheidung über diese Frage abnormals hinauszuheben, ist es keineswegs überflüssig, daß die städtische Straßenreinigung am 1. Juli erhalten.

### Zu den Gemeinderatswahlen.

**Ansbach (Kreis Torgau).** Wie erst man in unserm Orte die Gemeinderatswahl nimmt, dafür als Beispiel, daß die Wählerliste erst jetzt vom 1.-8. März zur Einsicht ausliegt. Wann die Wahl stattfindet, darüber liegt bis jetzt noch der Schleiher des Geheimnisses. Es scheint also sehr notwendig, daß die Sozialdemokratie auch hier einmal in die Verhältnisse hinein leuchtet und die Parteigenossen sich unferer Zeit würdig zeigen, wenn der Ruf zur Mitarbeit an sie ergeht.

### Gerichtssaal.

#### Schwurgericht.

Galle a. S., 4. März 1902.

**Notiz.** In heutiger Schwurgerichtssitzung wurde zuerst verhandelt gegen den Diensthelfer Ludwig Graf genannt Stein aus Kleinreder, geboren in „Gaus-Stein“, Mansfelder Gegend, 22 Jahre alt. Der Angeklagte wurde beschuldigt, am 13. Januar d. J. auf dem Wege von Sandersleben nach Bieleben eine in Begleitung ihres Kindes gehende Frau von hinten überfallen und dann vergewaltigt zu haben. Die Verhandlung entzog sich der Definitivität, da seitens des Verletzten eine Geiseldarstellung der Sitte befristet wurde. Die Geschworenen bejahen die mitverden Umständen, worauf der Angeklagte zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde.

**Im Tempel der Venus.** Ein unangenehmes Abenteuer, das sich am 28. Januar d. J. in einem Freudenhanse auf dem Schlamme abspielte, brachte den Arbeiter Otto Krapp aus Großmehlitz, Kreis Ebeleben, wegen Raubes auf die Anklagebank. Der Angeklagte war am betreffenden Morgen, von Merseburg kommend, in ein Freudenhaus gegangen und hatte sich dort mit der unehelichen Martha Paulbaum eingelassen. Der Aufenthalt, welche er hatte dem Angeklagten verhältnismäßig viel Geld gefolgt, weshalb er sehr unzufrieden geworden war. Er sann darüber nach, sich Geld wieder zu bekommen und sich schließlich bei dem Feind der Straße der Paulbaum nichtig die um die Hüften hängende Geldbörse ab. Das Mädchen hatte die Tasche sehr gut gehalten, aber der Angeklagte hatte die an der Tasche befestigte Zählkette gerissen und mit dem Inhalt, etwa 80 bis 85 Mark, die Kuchl ergriffen. Unten im Hause wohnte eine Frau die Tante entziehen, wobei ein Teil des Inhalts auf der Erde hinfiel. Der Angeklagte entkam zunächst wieder aber gleich darauf von einem ihm verfolgenden Soldaten festgenommen und verhaftet. Die Verhandlung entzog sich ebenfalls wegen Sittengefährdung der Definitivität und hatte

# Ausnahmepreise in Gardinen.

Ein grosser Posten Tüll-Gardinen (vom Stück und abgepasst) ist bis auf weiteres teilweise unter der Hälfte des Preises zum Verkauf gestellt.  
Beachten Sie bitte meine Schaufenster Marktplatz 3.

Kalle a. S. **Geschäftshaus J. Lewin.** Marktplatz 2-3.

Das Ergebnis, daß der Angeklagte wegen räuberischen Diebstahls zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, von welcher Strafe 1 Monat durch die Haft als verbüßt erklärt wurde. Der Angeklagte war geständig gewesen, und die Geschworenen hatten die milderen Umstände beachtet. Der Staatsanwalt hatte 9 Monate Gefängnis beantragt, aber mit Rücksicht auf die begleitenden Umstände hielt das Gericht die verhängte Strafe für ausreichend.

**Strafkammer.**

Salle a. S. 4. März.

**Sein Jagdvergehen.** Der auf dem Rittergut Wendorf bei Gerbich angelegte Aufseher Karl Witzmann sollte am 20. Oktober v. J. in zur Sand angeregneten Zustande ein fremdes Jagdgebiet betreten haben. Der Angeklagte trug ein Gewehr bei sich, und man wollte auch zwei Schüsse gehört haben. Das Jagdvergehen wurde verurteilt. Der Angeklagte zu 50 Mark Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis. Der Angeklagte bestritt aber, daß er fremdes Jagdgebiet betreten habe und vollständig zur Sand angeregnet gewesen sei. Das Gericht hob auf eingelegte Berufung das erste Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.

**Unter Ausschluß der Öffentlichkeit** wurde verhandelt gegen den Arbeiter Hermann Schmidt aus Schwobitz. Er wurde wegen Verletzung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich gegen eine Frauensperson fittlich verhalten hatte.

**Aus dem Reich.**

**Berlin.** Bei einem Brandunglück in Weissenau sind zwei Kinder in Brand geraten. Vermutlich hatte das eine der Kinder in Abwesenheit der Eltern mit Streichhölzern gespielt und dabei das Sofa in Brand gesetzt. Dieser konnte durch Ausgießen leicht beseitigt werden.

— Sommerleutnant Ferdinand Frankeimer hat anlässlich seiner heutigen fübrenen Hochzeit dem deutschen Central-Comitee zur Errichtung von Lungenheilstätten 50.000 Mark überwiesen.

— Im Laufe der Untersuchung gegen das Medium Anna Botke und deren Imprevierio Kentsch schloß die Zahl der an die Untersuchungsbehörden gerichteten Anzeigen von Berlin, die sich durch die betrüblichen Manipulationen des Spiritistischen-Baars als geschädigt bezeichnen, immer höher. In einzelnen Fällen haben Geschädigte die Summen, die sie für eine Kontrolle der Botke an ihren Imprevierio gezahlt haben, auf 50 bis 60 Mk. beziffert.

**Stuttgart.** Kreisrichter Max Dehmann ist aus der künigl. Gesellschaft der Wissenschaften ausgeschieden, weil der füblichst Herr v. Opp als Ersatz zum Ehrenmitglied ernannt wurde.

**Hannover.** Durchgebraunt ist nach Unterzeichnung von 14.000 Mark der Geldausföhrer der konservativen Niederfähligen Verlagsanstalt.

**Zröhsburg.** Erbschaften hat sich in einem Gehöls bei Hagenau der Hauptmann Raed, vom 1. unterfählischen Feld-Reg. Nr. 31.

**Konig.** Die Strafkammer beurteilte den Polizeikommissar Bloch, früher in Konig, wegen zweier Körperverletzungen im Amt zu 150 Mk. Geldstrafe. Bloch hatte im Mai und Juni 1900, als die Kriminal in Konig statten, zwei Verhaftete gefolgt.

**Senarick.** Die Polizei entdeckte eine falsche Münzwerkstatt, in der Nickel- und Silbermünzen hergestellt wurden. Ein Kaufmann aus Ostpreußen ist verhaftet worden und hat seine Schuld bereits eingestanden.

**München.** Große Seiterkeit erregte in der letzten Sitzung des hiesigen Stadtmagistrats ein Schriftstück, das einen leberdürstigen Sohn der alten Moris zum Urheber hat. Der gute Mann hat beim Beude eines öffentlichen Hauses eine galante Krankheit davongetragen und verlangte nun vom Stadtmagistrat erst 60 und dann — weil sich die Sache jeden-

falls manchen verflümmert hat — 20 Mk. Entschädigung, da der Magistrat, dessen Kontrolle jene Söner unterliehen, für derartige Unfälle verantwortlich sei. Die hiesigen Räte wollten dies jedoch nicht gelten lassen und wiesen das Verlangen ab. Wenn aber der Mann barntändig ist und sein Recht auf Entschädigung weiter sucht, so ist es möglich, daß dieses Akteuer auch noch die oberen Verwaltungsböherder befristigt.

**Lezte Nachrichten.**

**Newyork.** 5. März. Eine große Anzahl Bolen hielt am Montag abend in Chicago eine Protektionsversammlung ab gegen die Bewillkommung des Prinzen Geinrich. In allen polnischen Kirchen fand ein Trauergottesdienst statt.

**Samburg.** 5. März. Der Zimmermeister Asbour erwürgte seine Furnachbarin, die 33jährige Weidmann, und raubte 500 Mark, worauf er nach Kiel entflo. Dort wurde der Räuber verhaftet; er ist völlig gefähdig.

**Sudapest.** 5. März. In der Gemeinde Brestozor hat der Bauer Greidel, nachdem er seine Frau gefesselt, seine drei kleinen Kinder in den Backofen geworfen, und dann einen jährligen Knaben zerhackt und den Schweinen vorgeworfen. Die Frau konnte sich befreien und Hilfe holen. Die Kinder wurden gerettet. Der Mann ertränkte sich im Dorfbrunnen.

**Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats** nur Wochentags von 9—11 und 4—8 Uhr. Auswärtigen Anfragen ist stets Briefmarke als Rückporto beizufügen.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weismann in Halle.

**Sozialdemokrat. Verein für Halle u. den Saalkreis.**

Donnerstag den 6. März abends 8 1/2 Uhr im „Weißen Hof“

**öffentliche Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Vortrag über „Handelspolitische Probleme“. Referent: Genosse Swienty. 2. Wahlzettel. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen. Der Vorstand.

Frauen sind als Zuhörerinnen eingeladen.

**Oeffentl. Gewerkschafts-Versammlung**

Freitag den 7. März abends 7 1/2 Uhr im „Weißen Hof“.

Tagesordnung wird in der Versammlung festgesetzt werden.

Zu dieser Versammlung werden namentlich die Kartelldelegierten um pünftliches und vollständiges Erscheinen erucht.

**Gewerkschaftskartell Merseburg.**

Freitag den 7. März abends 8 1/2 Uhr in der „Sünderung“.

Das pünftl. Erscheinen aller Delegierten ist dringend notwendig. Der Vorstand.

**Gottenz und Umgegend.**

Sonntag den 9. März von nachmittag 1/4 4 Uhr an im Gasthof des Herrn Köppler

**öffentliche Volks-Versammlung.**

Tagesordnung: Die Armen im Reiche der Sozialgesetzgebung. Ref.: Arbeitersekretär Genosse Gildenberg. 2. Verschiedenes. Der Einberufer.

**Stadt-Theater Halle a. S.**

Donnerstag den 6. März 1902 abends 7 1/2 Uhr.

170. Vorst. v. A. 123. Abonn.-Vorst. 2. Viertel. Farbe blau.

**Der Traum ein Leben.** Phantastisches Märchen in 4 Akten von Franz Grillparzer.

Freitag den 7. März 1902 abends 7 1/2 Uhr.

171. Vorst. i. F. A. 48. Vorst. auf. Ab. 3. Viertel.

Zum Benefiz für Herrn Josef Janta. **Hans Heiling.** Oper in 3 Akten und 1 Vorspiel von Heinrich Marschner.

**Walhalla-Theater**

Direktion: Richard Siefert.

**Gr. Brillant-Vorstellung ? Comtesse X. ?**

mit ihrer mysteriösen Ballonfahrt durch den Theaterraum. Sensationell.

**The Marco Twins.** Die unergreiflichen, irromischen Orchestersolisten Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Donnerstag abend **gr. Narren-Abend** mit Orchesterbegleitung, wozu freundlichst einladet Gustav Grunicke, Herrenstr. 25

Donnerstag **Schlichte Pöte.** G. Gerig Rosenstraße 2.

**Nähmaschine,** sowie Pfandbriefen davon kauft Schölershof 1, am Markt.

**Zeit. Gesang-Verein Liederhalle Zeitz.**

Gemischter Chor. (Mitglied des Dittubing, Arbeiter-Gönger.)

**Abend-Unterhaltung**

bestehend in Konzert, Orchesteraufföhrung, Theater und Ball im Saale des Schönerhauses laden wir Freunde und Gömmer des Vereins ergebenst ein. U. a. kommt zur Aufföhrung: **Monsieur Herkules.**

Boße in 1 Akt. Chorleit mit Orchesterbegleitung. U. a. m. Anfang 1/2 8 Uhr. Der Vorstand.

**Konfirmanden-Hüte**

moderne Facons, gute Qualitäten empfiehlt billigst **C. G. Nicolai, Hutfabrik** Leipzigerstraße 13.

**Möbelfabrik u. Magazin**

**Bernhard Grunwald,** Mathandstraße 2, empfiehlt sein großes Lager selbstgefertigter Möbel, Spiegel und Polsterwaren zu billigen Preisen. **Permanente Ausstellung kompletter Simmereinrichtungen.** Langjährige Garantie. Besichtigung jederzeit gern gestattet. Transport durch eigenes Geichir frei Haus. Telefon Nr. 759.]

**Restaurant zur Granate.**

Donnerstag den 6. März **Bockbier und Speckkuchen.** Es ladet freundlichst ein **Ww. Vogel.**

**Gasthof Wahuof Denben.**

Sonabend, Sonntag und Montag den 8., 9. und 10. März **grosses Bockbierfest.** Sonntag früh Speckkuchen. Es ladet freundlichst ein **G. Hartmann.**

**Lexikon der Metall-Technik.**

Von Dr. Josef Berich. Vollständig in 20 Lieferungen à 30 Pf. Geb. 12.50 Mk.

**Glück auf, mit Schlägel und Eisen.**

Eine Schilderung des Bergbaus und seiner technischen Hilfsmittel. Von Dr. Wilhelm Berich. Vollständig in 25 Lieferungen à 50 Pf.

**Allgemeine Warenkunde.**

Handbuch für Kaufleute und Gewerbetreibende. Von Dr. Josef Berich. Vollständig in 20 Lieferungen à 50 Pf.

**Vom rollenden Flügelrad.**

Darstellung der Technik des heutigen Eisenbahnweizens. Von Amand Freih. von Schwaigen-Verscheid. Mit 800 Abbildungen geb. 15 Mk.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Geiöstraße 21.

**Apollo-Theater.**

Direktion: **Gustav Pöller** am Kiebedblat, nächste Nähe vom Haupt-Bahnhof. Täglich:

der völlig neue brillante Spielplan. **The 7 Allisons,** Barterreaktobaten auf lebenden Fiedelstalen. Ohne Konkurrenz! **Taciana ???**

**Clever u. Piccolo,** große und Scene in einem Akt. **Darnet u. Boston,** amerikanisches. Die besten Cascadeure. **Rustiana-Quartett,** Damen-Gesangsenjemble die reizenden Berwandlungs-Spielen Tängerinnen. **Sisters Dentler,** wondrousen Spigen Tängerinnen.

**Karl Bernhard,** Sumorist mit eigenem Repertoir. **Brothers Serany** eloht Produktionen auf Boranden. **Dröses Velograph,** neue Serie leb. Photographien. Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

**Kinder- und Leiterwagen** das neueste und billigste. Räder, Gummirollen, Garnierungen, Wädrüde u. dergleichen empfiehlt **H. Mederake,** Burgstr. 65.

**Kartoffeln**

hochfeine Magnum bonum gut, billig, in ganzen auch in 1/2 u. 1/4 Str. abzugeben. Bestellungen werden reell u. schnell frei Haus besorgt. **D. Keller,** Herrenstr. 32, Telefon 2179.

**Möbelfabrik u. Magazin**

31 Geiöstraße 31. Empfiehe mein großes Lager anerkannter selbstgefertigter Möbel- und Polsterwaren der Zeit anpaßend zu billigen Preisen. **F. Bergmann, Kistlerstr.**

Empfiehle: **Herren-Halbhiel u. Kropfhiel** v. 6.50 A an, **Langhiel** 12.50 A an, **Stiefel** u. **Schuh** werden zu bill. Preisen angefertigt nach Maß. Reparaturen aller Art werden sauber, gut u. billig ausgeführt. **Reelle Bedienung. W. Gäser.** Schuhmachermeister, Halle a. S., Leinwegstr. 6, 8, 11

Ein Laden mit Wohnung sofort zu vermieten. Preis 20 Mk. **Thorstraße 51.**

**Landgemeinde-Ordnung**

für die preussische Monarchie. Preis 30 Pf. Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Geiöstraße 21.

**Billig! Barchenthemen Billig!** für Männer, Frauen und Kinder in weiß und waschbaren bunten Mustern. **H. Eikan** Leipzigerstraße 87.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Sölleichen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.



## Deutscher Reichstag.

157. Sitzung, Dienstag, den 4. März 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Herr v. Richthofen.

Zunächst wird der Entwurf eines zweiten Nachtrags-  
etats zum Reichshaushaltsetats, in dem zur Veränderung von  
Beihilfen an Hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer 335 250 Mark ge-  
fordert werden, in erster und zweiter Lesung debattelos an-  
genommen.

Darauf wird die Beratung des

### Etats des Auswärtigen Amtes

fortgesetzt beim Titel Staatssekretär.

Die sozialdemokratische Resolution verlangt Zurückgabe der  
astronomischen Instrumente an China.

**Abg. Dr. Vahnen** (Ztr.): Die Zurückgabe der Instrumente  
würde uns nur lächerlich machen, wenn man etwas davon will,  
so soll man die Instrumente abschaffen lassen und um den  
Betrag die von China zu zahlende Kriegsschadensabläufe ver-  
mindern. Wir können der Resolution nicht zustimmen.

**Abg. von Kardorff** (Ab.): Ich ebenfalls der Meinung, daß die  
Zurückgabe der Instrumente in China ganz falsch verstanden  
werden würde. Die Weltöffentlichkeit würde unter Verhältnis  
zu Amerika feindselig; Herr Bismarck hat trotz seiner Schutz-  
politik mit fast allen Völkern für Deutschland günstige Ver-  
hältnisse geschaffen. In einem Exemplar des sozialdemo-  
kratischen Blattes *Freie Presse* aus dem Jahre 1878 wurde  
anlässlich des damaligen Solfatara geschrieben: „Kühne Ge-  
wredereie schenken nicht ohne Notzweck.“ Das war die  
Stellung der Sozialdemokratie damals. In Frankreich sind die  
Genossen des Herrn Staatsrägen noch heute hochzuhalten.  
(Beifall rechts.)

**Abg. Dr. Herzfeld** (Soz.), auf der Tribüne sehr schwer ver-  
ständlich: Am Jahre 1878 lagen die Verhältnisse ganz anders  
wie heute. Ich möchte auf die Ehrentafel der Kontinuität ein-  
gehen. Zunächst ist eine Verneinung notwendig, daß es  
jederlich. Dann muß der Staatssekretär dafür sorgen, daß  
nicht Leute als Kommissar fungieren, die wirtschaftlich ab-  
hängig von Neidern sind. Solche Personen können über die  
Beziehungen von Teufeln nicht unparteiisch entscheiden.  
Dies hat sich besonders beim letzten Sekretär in Dänemark  
gezeigt, wo deutsche Helfer noch Dänemark engagiert wurden.  
Als diese erfuhr, daß sie als Streikbrecher dienen sollten, und  
daraufhin den Dienst verweigerten, verweigerte der Kom-  
missar die Herausgabe der Papiere. Ferner fordern wir  
regelmäßige Berichte der Kommissar über ihre tatsächliche  
Tätigkeit, damit wir über ihre Tätigkeit eine Kontrolle  
haben.

Staatssekretär Herr von Richthofen hält die Erfüllung der  
Forderungen des Vordrängers für unmöglich, weil es namentlich  
an kleineren Dolmetschern an geeigneten Personen mangle.

**Abg. Dr. Müller-Sagan** (Ztr. Ab.): Nachdem die dänische  
Regierung schon einmal auf die Instrumente verzichtet hat,  
können wir sie ihr nicht einmal anbieten, sondern höchstens  
ihren Wert auf die Preisentscheidung anerkennen.

**Abg. Herr v. Sodenberg** (Welfe) tabelt, daß vom Aus-  
wärtigen Amt nichts geschieht sei, um bei England eine Ent-  
schädigung für die Ausweisung von Deutschen aus Transvaal  
durchzusetzen.

**Abg. Gasse** (ul.): Die sozialdemokratischen Redner haben sich  
geradezu außer Acht gelassen. Die Verhandlungen über Dinar,  
die sie nicht verstehen. Sie leben nicht in diesen Ge-  
dankenkreisen und haben sich auch nicht die Mühe genommen,  
die einschlägige Literatur zu studieren. Die beiden Redner  
haben geteilt um Aldeutschen Vernunft gemacht, die an einer  
Veränderung der Verhältnisse das Wichtigste liegen. Der Grund-  
satz, dem die Sozialdemokratie huldigt, alle Völker frei-  
gleich, ist veraltet. Wir leben in der Welt, das jedes Volk  
seine nationale Eigentümlichkeit haben will. Daraus ergibt  
sich die Behandlung der nationalen Minderheit in Deutschland.  
Aber die Behandlung der Dänen, Wälfen und Polen in Deutsch-  
land mit der Behandlung der Juden durch die Engländer ver-  
gleichen zu wollen, wie es die Sozialdemokraten tun, ist zum  
mindesten geschildert. (Beifall h. d. Trib.)

**Abg. Dr. Barth** (Ztr. Ab.): Die nachträgliche Schenkung  
der Vestinger Instrumente durch die dänische Regierung, nach-  
dem wir sie vorher wegenommen hatten, erinnert einigermaßen  
an die nachträgliche Legitimierung unehelicher Kinder.  
(Weiterer) Aber jetzt können wir nicht verlangen, die Instru-  
mente an irgend einen Punkt der dänischen Karte abzugeben.  
Das würde einen etwas operativen Eindruck machen.  
Der Artikel, auf den sich Herr v. Kardorff bezog, ist von Wert,  
der noch heute ein Schulzettel ist. Es ist übrigens interessant,  
daß sich die Herren von der Rechten in ihrer Lebensmittel-  
politik auf einen der bekanntesten Anarchisten be-  
ziehen. Es ist heute nicht mehr möglich, sich wirtschaftlich  
auf einer Nationalität zu entwickeln und politisch mit ihr  
in Freundschaft zu leben. Das einzige Bedeutende ist Bis-  
marcks Entlassung war der Abschluß der Handelsverträge durch  
den Grafen Capri. (Beif. links.)

**Abg. Dr. Arendt** (Ab.): Der Reichsanwalt hat geteilt mit  
geradezu Bismarck'scher Feindschaft die deutsche Politik feststellt.  
Wir wissen, daß Deutschland im Bureau für die Autonomie  
erregten kann. Die Sozialdemokratie bebt in dieser Frage  
nur Wunden auf, ohne aber die Heilmittel zu geben. Was wir  
tun können, ist höchstens, daß wir Werke der Nächstenliebe an  
den Büren üben, das sozialdemokratischen Forderungen können  
wir nicht nachkommen.

**Abg. Wedd** (Ztr. Ab.): Die Gefühle des deutschen  
Volkes gegenüber den Büren haben mit dem aldeutschen Ver-  
band nichts zu tun; — diesem will die Waffe des deutschen  
Volkes vielmehr entschieden entgegenstehen. (Beifall links.)

**Abg. Herr Bismarck** (Widw.): Wir haben zu Frankreich  
in den letzten 30 Jahren noch immer nicht die vertraulichen  
Beziehungen gewonnen, die wir wünschten; trotzdem haben wir  
wirtschaftlich mit diesem Volke in besten Frieden gelebt. Ueber  
die Capri'sche Handelspolitik reden wir wohl am besten den  
Wandel der christlichen Liebe. (Widw. links.) Es ist ja bekannt,  
daß sich die christlichen Bevollmächtigten im Winter 1891 ge-  
wundert haben über die große Feindschaft Deutschlands,  
Deutschland hunderttausend Menschen zu machen. Wenn sie  
doch etwas verständiger sein und nicht bei dem Graf des Aus-  
wärtigen Amtes eine Diffinition herausbekommen, indem sie  
den Jollart in die Debatte werfen. Diffinition sollten sie  
lieber in der Kommission treiben, wo sie so wie so schon die  
Debatte mit Erfolg beendet haben. (Weiterer links.)

Durch die ständige Weigerung, in dem dem überlegt  
werden, was ich geteilt habe. Die Reichsregierung gelangt und  
was ich von ihr gefordert habe. Herr Gasse wird doch nicht

aloben, daß seine Haltung zum sidarischen Kriege gegen-  
über dem uns mache, als ich gefordert, was die Feindlichkeit ein-  
mal Einfluß auf die eigenen Parteifreunde.  
Uebrigens hat die Sozialdemokratie ihre feindselige Stellung  
gegen die englische Kriegsführung eingenommen, als der Abg.  
Dr. Gasse.

Meine gefasste Rede ist falsch aufgefaßt worden. Ich habe  
nicht weiter gesagt, als ich gefordert, was die Feindlichkeit ein-  
träge, die im Kong abgelehnt wurden, nicht gehalten  
werden sind. Wenn Sie erklären, Sie könnten diese Ge-  
samtheiten nicht bezeugen, so stellen Sie der heutigen Staats-  
und Gesellschaftsordnung ein trauriges Zeugnis aus. Selbst  
das Zentrum, die christliche Partei, das allerdings in Fragen  
des Weltfriedens mit der Regierung, das ist nun nicht recht,  
steht schon auf dem vordemokratischen Standpunkt der Regie-  
rung.

Ein seltsamer Standpunkt ist es, wenn Herr Dr. Vahnen  
meint, unsere Resolution sei überflüssig, da die Regierung die  
Instrumente der dänischen Regierung bereits zur Verfügung  
gestellt habe. Herr Vahnen hat das Unrecht, was am 11.  
November vorigen Jahres geteilt wurde, daß die dänische Re-  
gierung nur mit Rücksicht auf die Kosten und Schwierigkeiten  
des Nachtransportes auf die Rückgabe der Instrumente ver-  
zichtet hat. Es handelt sich also durchaus nicht um ein frei-  
williges Geschenk der dänischen Regierung, wie der Herr  
Reichsanwalt geteilt hat. Das Unrecht liegt auf unserer  
Seite und wir müssen es wieder auf machen. Die dänische  
Regierung hat, wenn man die Sache genau ansieht, nur erklärt:  
„Wenn die Deutschen bereit sind, die Sachen nach China zurück  
zu bringen, dann werden wir sie selbstverständlich nehmen.“  
Wir haben mit unserer Resolution das getan, was wir dem  
vordemokratischen Standpunkt aus dem Jahre 1878. Die Mehrheit  
des Volkes billigt unseren Standpunkt, und wenn auch unsere  
Resolution abgelehnt wird, so bedauern wir unser Vorgehen  
keineswegs. (Beif. Beifall bei den Soz.)

**Abg. Vierzehner v. Zonnenberg** (Anti): Die Haltung  
der Sozialdemokraten erklärt sich aus ihrem Verstand, das Volk  
zu verführen zu versuchen, das was die Dänische Regierung  
Instrumente liegen, das ist nicht anders, als was die Regie-  
rung gethan hat. Eine Klärung würde von den Gemeinen  
ganz falsch verstanden werden. Bis in die Mitte des Bureau-  
freiges hinein herrichte bei den Sozialdemokraten eine große  
Englandfeindschaft. Und ich würde meine England-  
feindschaft nicht aus der Zeit angegriffen. Herr Gasse hat  
sich nicht geteilt, was ich verweigert, das ist, der als  
Ghauchin vertrieben ist, nie erhoben habe. Große Bewegung  
hat es hervorgerufen, daß die Wiedereröffnung für Eng-  
land in Deutschland gefordert werden. Die Entsendung  
deutscher Aerate ist um so nötiger, als die englischen Aerate dort  
je reichlicher vorhanden. Bezüglich der Capri'schen Handels-  
verträge ist die Regierung nicht bereit, die Instrumente  
samtlich selbst gibt, daß der Handelsvertrag in allen Punkten  
zu gunsten Englands ausgefallen ist. Soffentlich will unsere  
Regierung nie die Geleite der Capri'schen Handelspolitik  
einleiten. (Beifall h. d. Trib.)

Staatssekretär Herr v. Richthofen: Die Regierung wird  
auch ferner die Aktion des Bismarck'schen Komitees unterstützen.  
Wir können auch auf weiteres Engagement der englischen Re-  
gierung kein Verlangen stellen. Die Regierung hat sich  
schwer verwenden, weil sie meist die deutsche Staatsangehörig-  
keit verloren haben. Eine nennenswerte Verbandsführer hat im  
letzten Jahre nicht stattgefunden. Ein Verbandsführer hat  
sich in Deutschland ebensowenig, wie in anderen Staaten.

**Abg. Reebour** (Soz.): Herr Gasse, der uns Unentschieden  
die sidarischen Verhältnisse, die wir nicht verstehen, eine  
fast unglückliche Unwissenheit der tatsächlichen Verhältnisse be-  
weist. Er hat gezeigt, daß die Engländer verpflichtet seien,  
auf Grund der Haager Konferenz die Beihilfe zu leisten gegen  
die Büren anzuwenden. Der Ausschuß Transvaal und des  
Transvaal's aus der Konferenz ist aber auf Antrag Eng-  
lands erfolgt. Das ist, was ich nicht verstehen kann, daß die  
beiden Staaten zu beizugehören. Dieses Recht haben die beiden  
Republiken aber nicht. Gerade, wenn dieser Anspruch  
zu Recht bestand, würde England nach den Haager Abmachungen  
verpflichtet sein, die Bestimmungen der Haager Konferenz  
auf die zu ihm im Suzeränitätsverhältnis stehenden Staaten  
anzuwenden. Die gefasste sozialdemokratische Resolution  
verhandelt den Bismarck'schen Vertrag, ohne auch der inter-  
nationale Pariser Sozialistengesetz unter Zustimmung der  
englischen Sozialdemokraten. Nur die richtigen Wiedereröffnungen  
aus Deutschland nach Sidarisch haben den Engländern die  
Fortsetzung des Krieges ermöglicht.

Wir verlangen keine Intervention gegenüber England, die uns  
in die Alternative des Krieges führen könnte; wir wollen  
nur die Welt vor dem Ausbruch eines Krieges warnen. Ich  
schlage vor, daß wir uns einen moralischen Erfolg verschreiben.  
Auch meine Parteifreunde von Kol in Holland und Ban-  
der v. E. in Belgien haben nicht verlangt, daß irgendeine  
kriegsartige Haltung gegenüber England eingenommen werden  
sollte. Wir wollen nur eine freundschaftliche Einmündung,  
die verhindert, daß die Büren in einer Zeit zu werden, die  
die Büren zu millionen Tugenden der Engländer macht.

Auf meine besonderen Vorschläge, die Frauen und Kinder  
aus den Konzentrationslagern herauszubringen, hat die Regie-  
rung keine Antwort gegeben. Um, keine Antwort ist auch  
eine Antwort! Es ist an einer Stelle das Wort gefallen,  
in Deutschland seien es nur die Frauen und Kinder, die mit  
den Büren sympathisieren. Das ist für mich ein Zeichen der  
männlichen Denkwelt, wenn ein Mann sich den allge-  
meinen humanitären Gebrühen, dererwegen wir Sozialdemo-  
kraten für eine Beendigung des Krieges eintreten, verhält.  
Esel könnte man schließlich darüber empfinden, daß heute noch  
solche Verhältnisse in einer zivilisierten Gesellschaft möglich  
sind. Im Jahre 1891 hat die Welt mit und unter dem  
in Verbindung stehende Heimatpolitik das Kamille. Wie sehr  
unser bürgerlichen Parteien schon von der imperialistischen Poli-  
tik angehängelt sind, beweist die Schenkung bezial der Ver-  
linger astronomischen Instrumente. Alle Unannehmlichkeiten,  
die aus der Sache erwachsen könnten, bedeuten nichts im Ver-  
gleich zu der dauernden Entschädigung, die aus der Ver-  
rückung hat erwachsen ist. (Beif. Beifall bei den  
Sozialdemokraten.)

**Vergrößertes Sitzung:** Herr Abgeordneter, die letzten Worte  
verliehen gegen die Ordnung des Hauses. Sie dürfen nicht  
von einer russischen Zart der deutschen Regierung sprechen. Ich  
reue Sie hochzuja.

**Abg. Dr. Semler** (nat.) wendet sich gegen die Errichtung  
von deutschen Handelskonsulen im Ausland.

**Abg. Dr. Barth** (Ztr. Verem.) polemisiert gegen die Aus-  
führungen des Herten Bismarck. Die Interzessionsgeschichte,  
die Herr Bismarck hier bezüglich unseres Handelsvertrages  
mit Dänemark angeführt hat, sollte doch nicht ernstlicher  
Unterstützung dienen. Es versteht sich, daß die Reichsregierung  
angenehm ist heutiger Angriffe auf die Poli-  
tik des Kaisers, der doch die Verträge abgelehnt hat, so  
stumm bleibt. Die Bismarck'sche Wirtschaftspolitik sagt  
noch viel weniger, als sie für ihre Zeit gepost hat. Herr Bismarck  
marchiert von einer Majorität für die Zolltariffrage ge-  
winnen, in der Welt ist es nicht anders. Er hat sich  
nichts eine Majorität. Bei Ihnen herrscht eine Situation, auf  
die kein aktiver Staatsmann stolz sein kann. (Widw. links.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. v. Sodenberg  
(Welfe) und Herr Reichsanwalt (Welfe) ist die Debatte  
(Antimium) und Reichsanwalt (Welfe) wird die  
Debatte geschlossen und das Gehalt des Staatssekretärs be-  
willigt.

Die sozialdemokratische Resolution wird gegen die Stimmen  
der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und des Abg.  
Dr. Gasse (Welfe) abgelehnt.

Beim Kapitel: Gesandtschaften und Konsulate be-  
schneuert sich

**Abg. Schmidt** (Werbung Zentrum) über die allzu häufige  
Verlegung der Legationssekretäre

Staatssekretär Herr v. Richthofen erklärt dies im Interesse  
des diplomatischen Dienstes für nötig.

**Abg. Graf Vinburg-Zirum** hält die Verlegung der Legations-  
sekretäre für nötig, um die Welt kennen zu lernen.

**Abg. Webel** (Soz.): Am 1. September vorigen Jahres be-  
schneuert sich die Frau eines Schmiedes aus dem preussischen  
Nimmerlat, daß an der russischen Grenze, nach einem nahe  
gelegenen Ort, um Veranoze zu betreten aus dem Ausland  
auf russische Polizeikontrollen, für verbotlich erklärt und nach  
Nieder ins Gefängnis geschickt. Sie befindet sich noch  
jetzt dort. (Widw. hier links.) Als Grund der Verhaftung  
wird angegeben, daß der Mann Verkehr mit russischen Unter-  
thanen gehabt habe, die im Verdacht ständen, Sozialdemokra-  
ten zu sein und sozialdemokratische Schriften aus dem Ausland  
über die Grenze gebracht zu haben. Selbst wenn dies wahr  
sein sollte, so wäre doch daraus noch immer nicht ein solches  
Vergehen seitens russischer Behörden gegen die Frau gerech-  
fertigt. Auf eine Bekundung des Mannes beim deutschen  
Konsul in Moskau erhielt er zur Antwort, die Sache sei zu  
weitläufig, daß die Untersuchung nach nur Ende Oktober  
beendet sein könne. Ende März, ist die Untersuchung  
schon immer nicht abgelehnt. Es verlaßt, daß der  
einzige Grund, weshalb die Frau festgehalten worden ist, daß  
man von ihr verlange, bestimmte ihr nachbar gemachte Ver-  
wehren als Bekundung ihres Mannes anzusehen. Wenn sie das  
wünschten, wenn die Frau zu viel Geschick hat, um Be-  
wusstsein ein gemeiner Gruppierung zu erweisen der  
russischen Regierung. (Widw. hier links.)

Wir sprechen so viel von der Ehre und Würde Deutschlands.  
Aber hat das Auswärtige Amt alle Verantwortung, darauf zu  
bringen, daß die Frau freigegeben werden. Es ist doch sehr  
wunderlich, wenn die Frau in der Gesellschaft hat, um Be-  
wusstsein ihres Mannes der russischen Polizei anzuzeigen. Es ist  
jogar von russischen Beamten verlangt worden, den Schmidt  
in Nimmerlat gewaltsam über die russische  
Grenze zu bringen, so daß er von jenem früheren Wohn-  
ort im Interesse seiner Sicherheit noch Nimmerlat  
verlassen muß die deutsche Regierung energisch einschreiten. Sie  
dem Staatssekretär der Hall mit bekannt, ist er bereit, nun-  
mehr in Petersburg vorstellig zu werden? Ich bin bereit, ihm  
persönlich nähere Angaben zu machen. (Beifall h. d. Soz.)

Staatssekretär Herr v. Richthofen lehnt ein Eingehen auf  
den vom Abg. Webel vorgeschlagenen Fall vorläufig ab, da ihm  
die Sache noch nicht bekannt ist.

**Abg. Webel** (Soz.): Ich habe den Fall zur Sprache gebracht,  
weil im Auswärtigen Amt die Bekundung darüber eingegangen  
ist. Ich nehme es als selbstverständlich an, daß, wenn der Fall  
zu liegt, der Staatssekretär die nötigen Maßnahmen treffen  
wird.

**Abg. Eichhoff** (Ztr. Volkset.) bedauert sich über Schwierig-  
keiten die einen deutschen Warenhändler in Ausland gemacht  
wurden.

Staatssekretär Herr v. Richthofen: Die Einfuhr von Feuer-  
waffen aus dem Ausland nach Ausland ist verboten. Das  
widerpricht aber nicht dem Zerte unseres Handelsvertrages.  
Ich bin aber gern bereit, darauf hinzuwirken, daß bei etwa  
bestehenden Handelsverträgen nach England die Wünsche  
des Vordrängers berücksichtigt werden.

Beim Kapitel: Orientalisches Seminar verlangt Abg. Herr  
v. Helmlich (Zentr.) Unterrichtsminister für Kommissarbeamte im  
Kommissar und Kommissar. Diese Anrechnung wird vom  
Staatssekretär Herrn v. Richthofen mit Freuden begrüßt.

Beim Kapitel: Allgemeine Posten hat die Budgetkommission  
beschlossen, zunächst auf die Aufstellung der Kommissar  
in Höhe von 30000 M. zu freieren und denselben Betrag in  
die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats aufzunehmen.  
Staatssekretär Herr v. Richthofen drückt das Unverständnis  
der Regierung mit dieser Veränderung aus.

**Abg. Müller-Sagan** (Ztr. Volkset.) beantragt Streichung des  
ganzem Betrages.

**Abg. Dr. Gasse** (nat.) bittet, den Antrag der Budgetkom-  
mission zu genehmigen. Gegen die Engländer, die die Deutschen  
zur Auswanderung nach Kanada bewegen, ist eine Ausstufung  
nötig.

**Abg. Frede** (Ztr. Ab.): Es ist außerordentlich schmerzhaft,  
den Leuten der Auswanderung einen Hut zu geben. Ich halte  
es für bedenklich, einen solchen Ausstufung durch Gewährung  
einer Subvention gewissermaßen antinationalen Charakter zu geben.  
Wohlfühl kann die Summe auf 1 Jahr bewilligt werden.

**Abg. Webel** (Soz.): Der Reichsanwalt ist gar nicht in der  
Lage, die Summe auf 1 Jahr bewilligt werden. Ich halte  
die 30000 Mark auf ein Jahr oder darüber bewilligt werden.  
Ich halte die Summe für gleichgültig. Ich halte die Summe er-  
mal bewilligt, so muß sie immer wieder bewilligt werden. Ich  
halte die Deutsche Kolonialpolitik nicht geeignet für  
die Ausübung des Gedankens. Die Deutsche Kolonialpolitik  
ist eine Kapitulationspolitik, in der zum Beispiel meine  
Partei und auch die Deutsche Volkspartei nicht vertreten sind.  
Die Gesellschaft ist für unsere Kolonien von geradezu unheil-  
voller Bedeutung. (Zehr richtig! h. d. Soz.) Einer solchen  
Gesellschaft können wir diese Zukunft nicht anvertrauen. Ich  
bitte Sie deshalb, die Forderung abzulehnen. (Widw. bei den  
Sozialdemokraten.)

**Abg. Gahlenz** (Zentr.) tritt für die Bewilligung der 30000  
Mark ein, die einen erziehlichen Schritt im Vorgehen der Re-  
gierung zum Schutze der Deutschen im Ausland bedeute.

**Abg. Dr. Stodmann** (Ab.) empfiehlt, den Betrag unter die  
dauernden Ausgaben aufzunehmen.

Derzeit werden sich das Haus  
Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Dritte Lesung des Nach-  
trags-etats, Fortsetzung der heutigen Beratung, Kolonialetat,  
Ostafrikanische Zentralbahn.)  
Schluß 6 1/2 Uhr.

### Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 5. März.

#### Der Sozialdemokratische Verein

hält morgen im Beisein des Herrn Gassen die Mitgliederversam-  
mlung ab. Die Tagesordnung ist eine sehr interessante und  
es darf mit Recht ein guter Besuch erwartet werden. Es  
gibt leider noch viele Mitglieder, die der Ansicht sind, ihre  
Pflichten gegen den Verein nicht erfüllt, wenn sie ihre Steuern  
bezahlt haben. Wäre dies der Fall, dann hätte das Bestehen  
des Vereines seinen Zweck. Er soll politische Bildung ver-  
breiten, den einzelnen Genossen des Verbands der Tagesfragen  
erleichtern und ihnen Gelegenheiten bieten, ihr Wissen zu erwei-  
tern.

